

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. monatlich 110 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 100 000 M. Bei Postbezug
monatlich 110 500 M. Unter Streifband in Polen monatlich 200 000 M. in Deutschland
u. Danzig 750 000 000 dt. M. Einzelnumm. 8000 M. Sonntagsnummer. 10000 M.
Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung ob. Aussperren hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung, ob Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialsäule 3000 Mark, die 90 mm
breite Reklamezeile 15000 M. Deutschland u. Freistaat
Danzig ohne Aufschlag, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorrichtung
und schwieriger Sag. 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 10000 M. — Für das Erstellen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird eine Gebühr übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 238.

Bromberg, Donnerstag den 18. Oktober 1923.

47. Jahrg.

Apostel der polnischen Kultur!

Der Staatspräsident an die Polen der Randgebiete!

Wilna, 16. Oktober. (PAT.) Der Staatspräsident Wojciechowski, der auf seiner Reise durch die Ostgebiete auch Wilna einen Besuch abstattete, hielt in der dortigen Starostei in Beantwortung mehrerer Rechtführungsansprüchen eine Rede, in der er folgendes ausführte:

"Meine Herren! Ich danke Ihnen für die mir hier dargebrachten Wünsche. Bei deren Beantwortung will ich hervorheben, daß die Aufgaben der Polen in den Randgebieten besonders wichtig sind, und daher bin ich gegenüber den Polen, die in den Randgebieten geboren sind, besonders anspruchsvoll. Ihr müßt hier

eine Lektüre Polens

sein und in vollem Umfange die Hoffnung und den Glauben rechtfertigen, den die gemischte Bevölkerung in den Randgebieten nach ihrer Befreiung vom Moskowiterjoch gegenüber den polnischen Regierungen hatte und noch hat. Die polnischen Behörden müssen hier auf der Höhe ihrer großen Aufgabe und ihrer jahrhundertlangen Sendung sein, müssen Bildung und Kultur fördern, im Gegensatz zu den russischen Gewalttaten der Bevölkerung zu verstehen geben, was demokratische, gerechte Regierungen bedeuten, müssen endlich stets eingesetzt sein, daß hier Polen herrscht und niemand anders. Wir sind die Herren und Wirte dieses Landes und keine Emporkömmlinge, die durch ihren Stolz ihre Umgebung von sich abstößen.

Wir sind so stark, so mächtig, daß wir uns eine Toleranz leisten können, ja, sogar eine gewisse Nachgiebigkeit gegenüber einem großen Unruhe, wenn auch nur bis zu gewissen Grenzen. Aber im Verhältnis zu uns Polen selbst, müssen wir uns sagen, daß diese Sendung, die uns hier zugesassen ist, von einer großen nationalpolnischen Solidarität getragen werden muß. In den Randgebieten kann keine politische Unvereinbarkeit gebildet werden. Jeder, der den Heiligenschein des polnischen Namens aus irgend welchen Parteirechtsstreit trübt, sündigt gegenüber der ganzen Republik. Hier ist kein Platz für unsere inneren Zwistigkeiten, sondern der Ort des Glanzes nach außen hin.

Gegenüber den Leuten fremder Nationalitäten, die heute Bürger der Republik Polen sind, müssen wir uns von dem altpolnischen Grundsatz der Toleranz leiten lassen.

Wir dürfen nicht, wenn manchmal auch das Herz brechen will, die Politik der Nachbarn nachahmen, denn dies wäre das Zeichen, daß wir mit der Individualität von Schwächeren gewissermaßen liebäugeln, die es nicht verstehen, den Glauben an den Schutz ihrer Interessen zu bewahren. Und wenn Euch manchmal Tatsachen zu Ohren kommen, daß polnische Bürger bei den Nachbarn bedrückt werden, so soll dies nicht ein Ansporn dafür sein, daß Ihr ebenso verfahren müßt.

Dies ist der Pole unverdienstlich.

Die diese ehrenvolle Aufgabe erfüllen. Gedenkt, daß Ihr eine, nach Norden und Nordosten vorgeschobene Wacht seid! Ihr müßt hart und unbeweglich sein. Vor einem Augenblick war ich im Gymnasium, das den Namen Josef Piłsudski trägt, des Sohnes dieses Landes. Ich wünschte, daß dieser an der Schule angebrachte Name gleichzeitig ein Wegweiser für Euch sein möchte, wie man in den Randgebieten sein muß: hart und unbeweglich gegenüber dem Feinde, und großmütig und artig gegenüber dem Schwachen. Wacht darüber, daß Erscheinungen von grobem Unfug, Erscheinungen des Nichtverständens der Wirklichkeit, die durch die Konstitution erlaubten Grenzen nicht überschreiten. Gegenüber denjenigen, die diese Grenze überschritten haben, müssen wir hart sein und sie an die Pflichten eines Bürgers der Republik erinnern. Überall in den Randgebieten sehe ich den besten Willen, der Republik zu dienen, und das bereitet mir die größte Freude. Ich fordere lediglich von Euch, daß Ihr in diesem Dienst für Polen stets dessen eingesetzt seid, daß Ihr in den Randgebieten

Apostel der polnischen Kultur seid, und daß Ihr Euch auf allen Gebieten des großen Namens eines Polen würdig erweist!"

Auf einem Bankett in Grodno berührte der Staatspräsident gleichfalls das Minderheitenproblem, wobei er folgendes ausführte:

Niemand schadet Polen mehr als derjenige, der in den Grenzgebieten die Methoden, nach denen die Teilungsmäßige vorgegangen sind, in irgend einer Weise befolgt. Wer diese Methoden zur Anwendung bringt, der kann aus seiner Seele nicht die Spuren des Zusammenbruches und der Knechtschaft verwischen, der macht Polen Schande. Mit ihm wird auch Polen keine Nachsicht haben. Er wird aus dem Amt, dem öffentlichen Leben, aus der Erziehung der polnischen Bürger ausscheiden müssen. Man muß solche Leute verdammen, nicht nur deshalb, weil sie ein Schandfleck auf dem Banner der polnischen Kultur sind, sondern auch deshalb, weil sie eine Schmach für diejenigen sind, die für die hehrsten Lösungen Polens gesorgt sind. In den Augen der Bürger von Grodno sehe ich Aufrichtigkeit und das freut mich am meisten.

Aufrichtig und klar sprechen Sie Ihre Hoffnungen und Gefühle aus. Und so soll es auch in einem demokratischen Staate sein. Ich kann Ihnen versichern, daß das, was in der Verfassung steht, nicht auf dem Papier bleibt, weil es der polnischen Seele entsprossen ist. Als Präsident der Republik bin ich in erster Linie dazu berufen, über die Verwirklichung der Verfassung zu wachen."

Die Opposition.

Wir haben in der vergangenen Woche seit der Gründung des Sejm in wörtlicher Übereinstimmung die Reden des Herrn Ministerpräsidenten Witold Szymanowski und des Herrn Ministers Kiernik und Seyda zum Abdruck gebracht, welche die Lage des polnischen Staates vom Standpunkt der Regierung aus betrachtet, zu schildern wußten. Um unseren Lesern ein objektives Bild über die Situation zu ermöglichen, lassen wir heute die Opposition zu Wort kommen und veröffentlichen folgenden

Antrag

der parlamentarischen Vereinigung der polnischen Sozialisten (P. P. S.) in Sachen der Nichtbeobachtung der Vorschriften der Verfassung betr. die Rechte der Staatsbürger durch die Regierung.

Die Vorschriften der Verfassung, durch welche die Rechte der Staatsbürger gegen Eigennächtigkeiten der Verwaltungsbürokratie gewahrt werden, werden durch die Regierung des Herrn Witold Szymanowski öffentlich gering und verletzt. Diese Regierung legt die für die Rechtsordnung unentbehrlichen Gesetze, die in zahlreichen Artikeln der Verfassung in Aussicht gestellt sind, nicht vor und gibt gleichzeitig durch Ankündigung ihrer maßgebenden Vertreter und sogar durch Gesetzesanträge gewissermaßen demonstrativ zu erkennen, daß sie nicht gewillt ist, dem freiheitlichen und demokratischen Geist, der die Verfassung der polnischen Republik auszeichnet, Rechnung zu tragen.

1. Die persönliche Freiheit der Bürger und die Unverletzlichkeit ihrer Wohnung, die durch die Art. 97 und 100 der Verfassung verbürgt sind, werden von Tag zu Tag ungestraft durch die Verwaltungsbürokratie auf dem Gebiete des ganzen Staates verletzt. Repressionen in Gestalt von ungesetzlichen Verhaftungen und Haftstrafen, die ohne Ermächtigung der Gerichtsbehörden ausgeführt werden, werden in immer breiterem Umfang verfügt, zu dem Zweck, jegliche öffentliche, von den Regierungsparteien unabhängige Tätigkeit zu erschweren resp. geradezu unmöglich zu machen.

2. Das Recht der Gründung von Vereinigungen und Vereinen, verbürgt durch Art. 108 der Verfassung, erfährt hauptsächlich bezüglich der Arbeitervereine drastische Verlegerungen. Vereine, die auf dem ehemals russischen Gebiet eine freie Tätigkeit entfalten, stoßen in anderen Teilstaaten auf Hindernisse unter der Vorgabe der nicht gleichartigen Gesetzgebung. Es geht so weit, daß Vereine, die Statuten besitzen und im Ministerium des Innern registriert sind mit dem Recht, ihre Tätigkeit im ganzen Staate auszuüben, in Kleinpolen als nicht zu Recht bestehend behandelt, verfolgt und aufgelöst werden und ihre Mitglieder Repressalien unterliegen. Gleichzeitig zieht die Regierung des Herrn Witold Szymanowski, die diesem beklagenswerten Stande der Dinge nicht Rechnung trägt, einen früheren Entwurf eines Vereinsgesetzes zurück, da er augenscheinlich den polizeilichen Tendenzen der feindlichen Regierung nicht entspricht.

3. Die Arbeiterpresse und allgemein die unabhängige und oppositionelle Presse unterliegt ständigen Konfiskationen, die mit der Absicht der Schikanierung verfügt werden, und gleichzeitig kündigen, gleichsam zum Spott über den Art. 105 der Verfassung, der Ministerpräsident und der Minister des Innern ein Maßnahmevergebot für die Presse an, das durch die Knebelung der Freiheit des Wortes die Regierung stärken soll.

4. Ohne jeglichen Rechtsgrund und entgegen der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 111 der Verfassung bemüht sich der Minister für die religiösen Bekennnisse und für öffentliche Aufklärung eine Verordnung in Kraft zu setzen, wodurch die Aufnahme von Studenten nicht-polnischer Nationalität bzw. nicht-katholischer Bekennnisse an den Hochschulen begrenzt werden soll.

5. Entgegen dem Art. 101 der Verfassung, der jedem Staatsbürger die unbeschränkte Freiheit in der Wahl seines Wohnorts oder Aufenthalts auf dem ganzen Gebiet des Staates verbürgt, fordern die Verwaltungsbürokratie hauptsächlich in den östlichen Grenzgebieten die Vorlage sogenannter Personalausweise bei Reisen außerhalb der Kreisgrenzen, und gleichzeitig verlangt ein Gesetzentwurf betreffs der Personalausweise die Einführung des Passwanges in Polen, der in Friedenszeiten in jedem zivilisierten Staate unbekannt ist.

Da die Unterzeichneten die Geringabschätzung der Vorschriften der Verfassung, die durch die Regierung des Herrn Witold Szymanowski fundgetan wird, als eine große Gefahr für die Rechtsordnung im Staate betrachten, beantragen sie:

Der Hohe Sejm wolle beschließen:

Die Regierung wird zur beschleunigten Vorlage von Gesetzentwürfen aufgefordert, in denen die Ausübung der staatsbürglerlichen Rechte im Einflange mit dem Geiste und Wortlaut der Verfassung der Republik Polen umschrieben wird.

Warschau, 11. Oktober 1923.

Die Antragsteller.

Nachklänge zu den Verhandlungen über die Auslandsanleihe.

Der Warschauer Korrespondent der "Republika" meldet seinem Blatte: In einem der Warschauer Blätter erschien die Mitteilung, daß Senator Hammerling, der den Finanzminister Sucharski auf seiner Reise nach London begleitete (die Reise stand bekanntlich im Zusammenhang mit Verhandlungen zur Aufnahme einer Auslandsanleihe) als Entschädigung für die Reise Kosten 1000 Pfund Sterling erhalten habe. Minister Sucharski stellte dies entschieden in Abrede. Wie jedoch die "Republika" erfährt, wurde vor der Abreise Hammerlings

Mark und Dollar am 17. Oktober

(Börsörlicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — lolo 550 000 d. M.

1 Dollar = 5 500 000 000 d. M.

Warschauer Börse

1 000 000 d. M. — 130 p. M. 1 Dollar 935 000 p. M.

nach dem Auslande in der P. K. K. P. auf den Namen Hammerling ein Scheck über 78 000 Franken auf die Bank Credite Lyonnais in Paris ausgestellt, was einem Betrage von 1000 Pfund Sterling entspricht. Nach Mitteilungen der Warschauer Presse hat Sucharski 1000 Pfund Sterling in Dollar und Pfund der P. K. K. P. zurückgegeben. Diese Kombinationen sind u. E. noch lange kein Beweis für die Honorierung des Senators Hammerling. Außerdem will es uns unbegreiflich erscheinen, warum ein Senator, der gemeinsam mit dem Finanzminister ins Ausland geht, seine Kosten und auch eine angemessene Entschädigung nicht liquidiert sollte. — D. Ned.

Aus dem Sejm.

Sitzung vom 16. Oktober.

Warschau, 17. Oktober. (PAT.) Nach Überweisung einer Reihe von Gesetzen in der 1. Lesung an die Kommission wurde der Bericht der Finanzkommission über das Gesetz betreffend die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer, sowie anderer Steuern, die auf das zweite Halbjahr dieses Jahres entfallen, entgegenommen. Der Berichterstatter beantragte die Annahme der Kommissionsbeschluße, die denn auch nach kurzer Debatte in 2. Lesung erfolgte. Hierauf soll der Exponent für Steuerzahler, deren Steuer eine Million Mark nicht überschreitet, um das 15fache erhöht werden. Mehrere Anträge auf eine 20fache Erhöhung des Exponenten für Steuerzahler, die mehr als eine Million Mark zahlen, wurden mit 189 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Im Anschluß hieran wurde das Gesetz über die Erhöhung der Strafen für den Verzug bei der Steuerabrechnung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Strafen wurden für den Zeitraum von zwei Jahren auf 5 Prozent täglich erhöht.

Hierauf wurde die Diskussion über die Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers fortgesetzt. Abg. Bartnicki (P. P. S.) gab bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage des Staates seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß diese Lage das Ergebnis des Mangels des Budgetgleichgewichts sei, die man der ungenügenden Besteuerung der bestehenden Klassen verdanke. Diese Lage spiegele sich fatal bei den arbeitenden Klassen wider. Der Redner betonte, daß die Arbeiterklasse große Not leide. Die Arbeiterklasse habe sich kürzlich das Recht erkämpft, daß die Löhne alle zwei Wochen gezahlt werden müssen, doch heute müsse sie dafür kämpfen, daß die Zahlungen jede Woche erfolgen. Im weiteren Verlauf seiner Rede nahm der Redner einen oppositionellen Standpunkt ein und kritisierte heftig die Regierung, im besonderen den Außen-, den Kriegs- und den Unterrichtsminister, denen er vorwarf, daß sie sich durch Parteirücksichten leiten ließen. Der Redner fordert, daß Witold Szymanowski von seinem Posten zurücktrete und erklärt, daß eine Regierung an das Amt kommen müsse, die sich auf das Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung stützen könnte und die den Weg zu den Faschisten der bestehenden Klassen zu finden in der Lage wäre. Für eine solche Regierung sei die Partei des Redners bereit, die Verantwortung zu übernehmen.

Der Abg. Dobbski (P. S. L.)* hebt hervor, daß die polnische Auslandspolitik danach streben müsse, die Beziehungen zu anderen Staaten zu festigen, die ebenso wie Polen an den politischen Ereignissen in Deutschland interessiert seien. Er betonte ferner, daß sich trotz der finanziellen Schwierigkeiten Handel und Industrie, ja sogar die Landwirtschaft, entwickelten. Das Land könnte größere Lasten auf sich nehmen, wenn nicht die falsche Politik der Selbstverwaltung und der Mangel an einem Wirtschaftsplan wäre. Die Regierung müsse dem Stande der Landwirtschaft ihre volle Aufmerksamkeit widmen und eine entsprechende Politik nach dieser Richtung hin einschlagen. Der Redner ist der Meinung, daß gerade die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu beigetragen hätten, daß sich die öffentliche Meinung in Polen gespalten habe, und schloß mit der Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung die Verantwortung für die vorigen Regierungen trage. Als Vertreter der Mehrheit sprach er dem Kabinett das Vertrauen aus und werde es auch weiter unterstützen.

Der Abg. Pichocki (Christl. Demokratie) stellte, auf die inneren Verhältnisse eingehend, fest, daß das Land unter der Verwaltung und dem Mangel an Umlaufmitteln stünde. Solange der Staat die Mittel dazu habe, müsse er denjenigen zu Hilfe kommen, die am empfindlichsten leiden. Jedoch muß mit der Ausnutzung des Staatshauses durch diejenigen, die ohne seine Hilfe auskommen können, ein Ende gemacht werden. Auf dem Gebiete der Besserung des Staatshauses legte der Redner den größten Nachdruck auf die Verringerung der Ausgaben. Im Namen seiner Partei sprach der Redner der Regierung das Vertrauen aus.

* (Die PAT. schreibt "Dabbski", aber gewiß fehlerhaft. Jan Dabbski, der Führer der nach ihm benannten Gruppe, die sich von Witold Szymanowski trennte und der "Wyżwolenie"-Gruppe näherte, ist ein Führer der Opposition. Jan Dabbski dagegen, der Redner des gestrigen Tages, ist, nachdem Witold Szymanowski das Ministerpräsidium übernommen hat, der Vorsitzende der zur Regierungsmehrheit gehörenden Piastenpartei, d. i. der P. S. oder Witoldgruppe. D. Ned.)

Der Abg. Reich (Jüd. Klub) kritisierte scharf die gegenwärtige Regierung, ihr Biellosigkeit und Parteilichkeit vorwerfend. Der Redner griff im besonderen den Minister Glabinski an, dem er die Einführung des „numerus clausus“ vorwarf. Auf die Auslandspolitik übergehend, kritisierte er die letzten Ereignisse vor dem Internationalen Forum, berührte die Frage des Widerholtens und gab schließlich der Regierung ein Misstrauen v. o. n. seiner Partei.

Abg. Dubanowicz (Christl. Nat. Demokratie) stellte fest, daß sein Klub gegenüber der Regierung einen besonderen Standpunkt einnehme, da in der Regierung sich kein Vertreter dieses Klubs befindet, dieser aber auch nicht zur Opposition gehört. Eine nationale Notwendigkeit, sagte der Redner, ist es, alles zu tun, um den Grundsatz der Mehrheit zu verwirklichen. Wenn aber die Verwirrung dieser Grundsatzes auf gewisse Mängel stößt, so werden wir fordern, daß diese beseitigt werden. Die weitere Diskussion wurde vertagt, und man schritt zum Dringlichkeitsantrag der P. P. S. in der Frage der Verleihung der Privilegien der Konstitution durch die Regierung betreffend die Staatsbürgerrrechte. (Den Wortlaut dieses Dringlichkeitsantrages bringen wir an anderer Stelle.) Die Dringlichkeit begründete der Abg. Prager. Bei der Abstimmung wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt. Im weiteren Verlauf begründete der Abg. Malinowski die Dringlichkeit des Antrages des Klubs der P. P. S. in der Frage des Schutzes der Ostgrenzen der Republik. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt und der Antrag wurde der Kommission überwiesen.

Hierauf begründete der Abg. Zarembka die Dringlichkeit eines Antrages der P. P. S. über die Sicherung des Angebots von Artikeln des täglichen Bedarfs auf dem Innlandsmarkt. Im Laufe der Begründung gab der Redner zu verstehen, daß der Finanzminister Kucharski Teilhaber des Hauptlebensmittelamts in Polen sei. Der Finanzminister erklärte, diese Nachricht entbehre jeder Grundlage, dagegen sei er vor zwei Jahren als damaliger Minister für das ehemals preußische Gebiet von Amts wegen Vertreter des Staates in dieser Institution gewesen. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt und dieser an die Kommission verwiesen.

Damit wurde die Sitzung geschlossen; die nächste Sitzung findet heute statt.

Litauen.

Außenpolitisches Gespräch mit Galvanaskas.

Der Kommerzienrat Korrespondent der „Rig. Adsch.“ hatte vor der Reise des Ministerpräsidenten Galvanaskas nach Reval eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, der wir folgendes entnehmen:

„Die Realisierung einer Baltischen Union liegt zwar noch in weiter Ferne, es wird auch kaum zu erwarten kommen können, solange der litauisch-polnische Konflikt vorbesteht; das hindert aber nicht, daß der Minister den Zeitpunkt für gekommen erachtet, den Pass und Visumzwang im internen Verkehr der baltischen Staaten abzuschaffen. Sobald endlich die störenden Passhindernisse gefallen sind, wird auch das politische Zusammengehörigkeitsgefühl der drei baltischen Staaten wachsen, und es wird durch Modifizierung der Tarifpolitik möglich werden, einer Union näher zu kommen. Die Beziehungen zwischen Estland und Litauen sind sehr freundliche, der Besuch des Außenministers Galvanaskas wird jedenfalls zu ihrer weiteren Festigung beitragen.“

Der Brennpunkt des diplomatischen Interesses Litauens liegt aber augenscheinlich, wie der Minister meint, nicht in den Beziehungen zu den baltischen Staaten, sondern wird immer noch durch die Regelung des Memelstatuts und durch die Fragen vor dem Völkerbund in Anspruch genommen. Der Meinung des litauischen Außenministers gemäß müßte der Paragraph 12 des Völkerbundstatuts zur Anwendung kommen, der es ermöglichen würde, die ganze Frage zur endgültigen Entscheidung vor das hohe Tribunal des Völkerbundes im Haag zu bringen. Schon den Streit um Wilna wünschte Litauen vor dem internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen, jedoch weigerte sich Polen, der Aufrufung Folge zu leisten und vor dem Tribunal zu erscheinen.

Bei passender Gelegenheit dürfte auch die Grenzregulierung des Wilnagebiets vor dem Völkerbundrat zur Sprache kommen, da Litauen die Teilung der neutralen Zone nicht anerkennt. Eine Entspannung der Beziehungen zu Polen kann unter den obwaltenden Umständen nicht zu erwarten sein.

Litauen verfolgt mit dem größten Interesse die Entwicklung der Dinge in Deutschland und hofft, daß es dem Reiche gelingen wird, gesetzigt aus der schweren Krisis hervorzugehen. In der öffentlichen Meinung und in der litauischen Presse steht der Glaube an Deutschlands Kraft und können ist hier vielleicht größer als im Reiche selbst.“ —

Die Volkszählung in Kowno.

Kowno, 16. Oktober. (PAT.) Die offiziellen Ergebnisse der Volkszählung in der Stadt Kowno stellen sich wie folgt dar: Die Gesamtzahl der Einwohner beträgt 91302, darunter Litauer 55068 (60,3 Prozent), Juden 24891 (27 Prozent), Polen 3988 (4,3 Prozent), Deutsche 2943 (3,2 Prozent) und endlich Russen 2066 (2,3 Prozent). Hierzu macht die Polnische Telegraphen-Agentur folgende Bemerkungen: Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung in Kowno liefern den besten Beweis für die Fälschungen, die gegenüber den Nationalen Minderheiten im allgemeinen und der polnischen Minderheit im besonderen begangen wurden. Es genügt, die Ergebnisse der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Kowno und die Wahlen zum litauischen Sejm aus der Stadt Kowno zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen, in welcher Weise die Bevölkerungsgröße in Kowno festgestellt wurde. Die Volkszählung weist 3988 Polen auf, die Wahlen im Oktober 1922 ergaben jedoch 7216 und die Wahlen im April 1898 polnische Wähler. Nach der Volkszählung bildet die polnische Bevölkerung in Kowno 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, nach den Ergebnissen der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung zählt die polnische Fraktion in der dortigen Stadtverordnetenversammlung 20 Prozent sämtlicher Mitglieder. Mit diesen falschen Ergebnissen wird, so schließt die PAT., die gegenwärtige litauische Regierung vor das internationale Forum treten und auf Grundlage ihrer Feststellungen fordern, daß die Rechte der Nationalen Minderheiten gestrichen werden. Ähnliche Fälschungen sollen bei der Volkszählung in allen Kreisen Litauens verübt worden sein. —

Die nationalen Minderheiten in Polen, die sich leider über noch schlimmere Dinge zu beklagen haben, hoffen zuversichtlich, daß das nicht genug zu verurteilende Vorgehen der litauischen Regierung gegen die polnische, deutsche, russische und jüdische Minorität wenigstens das eine gute zeitigt, daß man auch in unserem Land den internationalen Charakter des Minderheitenproblems zu begreifen beginnt.

Nach russischen statistischen Mitteilungen wohnten vor dem Kriege in Kowno 81279 Einwohner, davon 20000 Soldaten. Hieraus ist zu ersehen, daß sich die Zahl der Einwohner in Kowno seit 1914 um mehr als 30 Prozent vergrößert hat.

Nach Mitteilungen des internationalen statistischen Instituts wohnten in Wilna vor dem Kriege 240000 Einwohner, jetzt 186000 Einwohner, in Niš 325000, jetzt 186000, in Reval 98000, jetzt 124000. Danach hat sich die Einwohnerzahl nur in Reval und Kowno, und zwar bedenklich vergrößert.

Vor der Liquidierung des Streils in Oberösterreich.

Kattowitz, 17. Oktober. (PAT.) Die Liquidierung der Streibewegung nimmt einen günstigen Fortgang, und zwar sowohl in der Privatindustrie, als auch bei der Staats-eisenbahn. Meldungen vom gestrigen Tage bestätigen, daß der Eisenbahnverkehr in Polnisch-Oberschlesien in seinem früheren normalen Umfang wieder aufgenommen wurde.

In der allgemeinen Lage ist ebenfalls eine bedeutende Besserung eingetreten. In den meisten Gruben wird gearbeitet. In den Morgenstunden des gestrigen Tages haben 38 Gruben eine größere Anzahl von Kohlen-schiffen bestellt. Dies ist das beste Zeichen dafür, daß die wieder aufgenommene Grubenarbeit sich in regulärer Form abspielen wird.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Behörden und Arbeitgebern sind weiter im Gange und versprechen ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Der Präsident der Kattowitzer Eisenbahndirection erklärte, er erkenne den kommunistischen Eisenbahnerverband in Polnisch-Oberschlesien, die Kommunisten erst in den letzten Tagen gegründet haben, nicht an, und er werde ausschließlich mit den legalisierten Eisenbahner-Berufsverbänden handeln. Die Eisenbahner nahmen diese Erklärung zur Kenntnis. Die Verhandlungen werden auf dieser Grundlage weitergeführt.

Die deutsche Rentenmark. Zwischenlösung der deutschen Währungsfrage.

Von der deutschen Reichsregierung wird amtlich mitgeteilt:

„Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der deutschen Rentenbank ausgebenden Rentenmark ein werbестändiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende ersten Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einslösbar gegen verlässliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmach an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.“

Die deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Errichtung der Rentenbanksscheine, die die Unterschrift dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die deutsche Rentenbank wird dem Reiche Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viel werbестändige Zahlungsmittel im Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollars) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleibend, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.“

Diese von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes ist bereits die Umstellung der Steuern auf Goldberechnung erfolgt, die Demobilisierungsvorordnung zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmungen geändert und die Grundzüge für durchkreisende Einschränkung der Ausgaben geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung forschreiten.“

Zur Haftentlassung Rossbachs

Schreibt der Leipziger Korrespondent des „Berl. Tagebl.“:

Die Haftentlassung Rossbachs gründet sich, wie ich höre, darauf, daß Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr nicht mehr als vorliegend anzusehen werden. Man nimmt an, daß Rossbach, der in Deutschland begütert ist, und seine Familie hier hat, nicht in das Ausland fliehen wird. Mit der Haftentlassung ist das Verfahren selbstverständlich nicht beendet. Die Vernehmungen werden fortgesetzt und sollen in nächster Zeit die Vernehmungen verschiedener höherer Offiziere bringen, so auch die noch ausstehende Aussage des Generals v. Seeckt, zu der der Reichswehrminister die Erlaubnis erteilt hat.

Die sächsische Regierung teilt mit: „Am Sonnabend, den 13. Oktober, kurz vor 8 Uhr, erfuhr die sächsische Regierung, daß der Bandenführer Rossbach vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen wurde, weil Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliege. Darauf hat die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig funktentelegraphisch den Befehl erteilt, Rossbach vorläufig festzunehmen. Gleichzeitig hat die sächsische Regierung beim Wehrkreiskommando VI den Antrag gestellt, Rossbach auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 in Schutzhaft zu nehmen. Der Antrag wurde damit begründet, daß die weitere Festhaltung Rossbachs zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich sei, das ergebe der bekannte Sachverhalt ohne weiteres. Gleichzeitig ist dem Wehrkreiskommando mitgeteilt worden, daß die sächsische Regierung

der Polizei in Leipzig den Befehl erteilt habe, Rossbach vorläufig festzunehmen. Als aber die Leipziger Polizei den Befehl ausführen wollte, war Rossbach schon aus der Haft entlassen. Seit Aufenthaltsort war nicht bekannt. Die Polizei hat sich bemüht, seiner Haft zu werden, hat ihn aber bisher nicht ermitteln können. Vom Wehrkreiskommando wurde durch Schreiben vom 14. Oktober mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Schutzhaft über Rossbach verhängt worden ist. Es fragt sich indes, ob es noch möglich ist, die Schutzhaft über Rossbach zu vollstreken.“

Diese Meldung wirft auf die in Sachsen herrschende Verwirrung ein interessantes Licht. *

Das rote Sachsen.

Die sächsische Regierung erlässt eine lange Erklärung, in der sie Stellung nimmt gegen das am Sonnabend vom Wehrkreiskommandanten, General Müller, angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften. Die Regierung erklärt, daß sie gegen das Verbot grundsätzlich Bedenken habe, da die Verfassungstreue und Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin ernstlich zum Ausdruck bringen. Besonders peinlich berührt ist die Regierung darüber, daß eine so bedeutungsvolle Verordnung unmittelbar vor der Ernennung des Zivilkommissars für Sachsen, des Abgeordneten Meier (Zwickau) herausgegeben wurde, obgleich der Wehrkreiskommandeur davon unterrichtet war, daß diese Ernennung nicht bevorstand. Die sächsische Regierung scheint zu vergessen, daß die Hundertschaften durchaus keine zuverlässige Waffe bilden würden, wenn einmal ein Putsch von links ausgeführt werden sollte.

Nach der Warschauer Katastrophe.

Kein verbrecherischer Akt.

Wie der „Dziennik Pozn.“ erfährt, haben die Militärbehörden die erste Untersuchung über die Ursache der Warschauer Katastrophe bereits abgeschlossen. Es wurde dadurch mit vollster Entschiedenheit festgestellt, daß irgend ein Anschlag von irgend einer Seite ausgeführt ist. Dies erklären die von den Militärbehörden mit der Untersuchung betrauten Offiziere, namentlich der Prokurator Oberst Januszewski und die Militärrichter Majore Matzner und Goblewski. Es bestehen danach zwei Möglichkeiten: entweder, daß die Explosion erfolgte durch die Zigarette des unbekannten Arbeiters, wie dies der unerwartete Fund zuletzt bestand, oder daß die Explosion durch Selbstzündung erfolgte infolge Zersetzung des Pulvers. Die zivile Untersuchung stellte fest, daß das Pulver, das sich in dem Pulverhaus Nr. 1 befand, dort noch von russischer und deutscher Seite her lagerte und nicht durchgelüftet war, wodurch sich in dem Pulverhaus eine Menos ungeheuer leicht entzündbare Gase ansammelte.

Andererseits führten die Polizeibehörden die Untersuchung in der vom Minister Kiernowski gewiesenen Richtung. Der am Montag in Warschau anwesende frühere Kriegsminister Sołłkowski sagte einem Vertreter des „Kuri. Por.“, es wäre nach seiner Ansicht nach nicht ausgeschlossen, daß die Explosion infolge Zersetzung des Pulvers erfolgt ist, da sich in jedem Pulver Teile von Schiebaumwolle befinden. Deswegen würden Pulverlager von Zeit zu Zeit mit Wasser begossen, was die Bildung von Gasen verhindert.

Das „Journal de la Pologne“ bestätigt die gestern von uns gebrachte Meldung, daß der französische Major Olivain vor der Gefahr von Explosionen gewarnt habe wegen der fehlerhaften Lagerung von Pulver und Geschossen nicht bloß in der Zitadelle in Warschau, sondern auch in den Pulvermagazinen, die sich in der Umgebung von Polen befinden.

Ein Augenzeuge, der unmittelbar nach der Explosion den Schauplatz der Katastrophe sah, schreibt: Wo das in die Luft gesogene Pulvermagazin stand, gähnt jetzt ein großes tiefes Loch. Hierin liegen Haufen von Eisen, Steinen, Brettern und Teilen menschlicher Körper. Auch die in der Nähe stehenden Gebäude wurden zum Teil vollständig vernichtet ebenso das Festungstor, das zur Weichsel führt. Bäume wurden aus der Erde gerissen und verwehrten den Weg. An vielen Stellen liegen dicke Schichten von Pulver und Staub. Hier und da steigt Rauch empor.

Republik Polen.

Außerordentliche Vollmachten für die Regierung?

Die „Gaz. Warsz.“ hatte dieser Tage dafür plädiert, daß der Sejm der Regierung außerordentliche Vollmachten erteilen müßte. Der „Expr. Por.“ hat daraufhin den Abg. Zamorski darüber interveniert; dieser erklärt, daß nur finanzielle Vollmachten in Frage kommen könnten, die vielleicht nützlich wären; von anderen Vollmachten wisse er nichts.

Fortsetzung der Beratungen über das Mieterschutzgesetz.

Die Rechtskommission des Sejm setzte gestern die Beratungen über das Mieterschutzgesetz fort. Nach der Diskussion wurde ein Antrag des Abg. Bittner angenommen, nach welchem Wohnungen bis zu 4 Zimmern einheitlich von dem Grundsatz freier Vereinbarungen ausgeschlossen werden sollen. Dieser Grundsatz soll nur auf größere Wohnungen Anwendung finden.

Selbstmord eines früheren Ministers.

Am verflossenen Sonnabend beging der frühere Minister für öffentliche Arbeiten Jessionowski in Warschau Selbstmord, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoss; der Beweggrund ist unbekannt.

Wie aus Warschau meldet wird, begab sich gestern im Zusammenhang mit der ungeheuren Steigerung der Kohlenpreise in Oberschlesien eine besondere Delegation des Ministeriums für Industrie und Handel dorthin, um die Kohlenpreisliste zu prüfen.

In Deutschland

bestellt man die

Deutsche Rundschau

für November durch Einzahlung von 75000000 mt.
(einschließlich Porto) auf

Postcheckkonto Stettin 1847.

Alle Postanstalten

nehmen Bestellungen auf die Deutsche Rundschau für November 1923 entgegen.
Die Deutsche Rundschau kostet bei allen Postämtern Posens und Pommers für November 110500 Mark einschließlich Postgebühr.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verjährungszeit gesichert.

Bromberg, 17. Oktober.

§ Erhöhung der Polizeistrafen. Die städtische Polizeiverwaltung macht darauf aufmerksam, daß gemäß Bestimmung im „Dziennik Ustaw“ Nr. 92 des laufenden Jahres, Position 721, eine niedrigste Polizeistrafe auf 300 000 Mark oder entsprechende Haft erhöht worden ist. Der in der Verteilungszeit übliche Satz der Polizeistrafe war 3 Mark.

§ Der Verkauf von losen Zigaretten verboten. Laut einer Ministerialverordnung vom 29. 9. 23 ist der Verkauf von losen Zigaretten ab 15. 10. 23 verboten. Zulässig ist der Verkauf von Zigaretten nur in verschlossenen Paketen mit unbeschädigten Banderosen. — Bekanntlich war schon früher einmal der Verkauf loser Zigaretten verboten; das Verbot wurde aber dann aufgehoben. Die neu erlassene Verordnung verfolgt zweifellos den Zweck, dem Betrieb ein nicht handelrolierter und geschmuggelter Ware entgegenzutreten und ihn möglichst völlig zu unterbinden.

§ Die Gildriegebühr beträgt nicht, wie in unserem Tarife angegeben, für Briefe im Inland 12 000 und nach dem Auslande 20 000, sondern für jeden Gildbrief, ganz gleich, ob er für das Inland oder nach dem Auslande bestimmt ist, 20 000 Mark.

§ Die Nachnahmegebühr für Pakete wird zurzeit auf den Postämtern mit 6000 Mark berechnet. Hinzu kommt noch die Paketgebühr, die aus dem Tarif je nach der Schwere des Pakets sich ergibt, sowie die Überweisungsgebühr bei Empfang des Geldes, die sich ebenfalls aus der Höhe der Empfangssumme nach dem gewöhnlichen Tarif für Überweisungen errechnet.

§ Gaswerk — Monatschein und Eisenbahnerstreik. Eine annähernd ägyptische Finsternis machte sich in den gestrigen späten Abendstunden auf den Straßen ziemlich unangenehm bemerkbar — soweit man diesen Ausdruck auf den Begriff tiefer Dunkels anwenden darf. Der Halbmond sollte nämlich, wozu sonst erst der Vollmond durch Vertrag mit der Gasanstalt verpflichtet ist, für sich allein das Amt der Straßenbeleuchtung übernehmen, und kam dieser Verpflichtung auch ziemlich gut nach, bis dichtes Gewölk herauszog und die himmlische Lichtquelle fast völlig verdeckte. Die Straßenlaternen, die schon in den letzten Tagen später und spärlicher als früher leuchteten, waren ganz außer Dienst gestellt, und so wurde der Gang durch die an nähernd stockdunklen Straßen zu einem manchmal ziemlich unerquicklichen Herumtappen. Die eigentliche Ursache für diesen nicht gerade erfreulichen Zustand der Dinge lag in dem — Eisenbahnerstreik in Oberschlesien. Wie uns die Gaswerksleitung mitteilte, war nämlich die letzte für die Gasanstalt bestimmte große Kohlensendung zwar bereits am 8. Oktober verladen worden, aber infolge des inzwischen ausgebrochenen Eisenbahnerstreiks unterwegs liegen geblieben. Diese „höhere Gewalt“ zwang das Gaswerk zu besonderer Sparfamkeit, und diese setzte zunächst bei der Straßenbeleuchtung ein, zumal der derzeitige Mondstand, wenn es auch zunächst nur Halbmond ist, als günstiges Moment des Ausgleichs gelten konnte. Wie die gestrige Erfahrung aber gezeigt hat, müßte in solchen Fällen immerhin auch noch die Himmelsbevölkerung in Betracht gezogen werden. — Immerhin darf nun wohl erwartet werden, daß die erhoffte Kohlensendung bald eintrifft. Andernfalls wäre es vielleicht am Platze, bei der Eisenbahn um eine Kohlenanlieferung vorstellig zu werden.

§ Wochenmarkbericht. Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) zeigte schon ein merkliches Nachlassen der Anfuhr von Marktwaren. Butter und Eier wurden gar nicht angeboten. Nur ganz vereinzelt war versteckt ein Pfund Butter zum Preise von 22000 Mark zu haben. Die Gemüsepreise sind in langsamem Steigen begriffen. Kürbis kostete heute das Pfund 7000 bis 10 000, Weißkohl 4000, Rotkohl 5000—6000, Tomaten 20 000 bis 30 000, Rote Rüben 3000—5000, Kohlrabi (Pfund) 8000, Zwiebeln 1000—14 000; auch das Obst ist etwas im Preis gestiegen. Birnen kosteten 6000—15 000, Pflaumen 12 000 bis 15 000, Äpfel 6000—15 000 Mark. Auf dem Gesäßglockenmarkt war das Angebot recht lebhaft. Gänse kosteten das Stück 500 000, das Pfund fettes Gänselfleisch 80 000, Enten das Stück 250 000—350 000, Wildenten 150 000, Hasen 80 000, geschlachtete Hähne 150 000—200 000, Küken 80 000—100 000 Mark.

§ Die Ausfuhr von Brennmaterial auf dem Wollmarkt (Wielki Rynek) ist bisher nicht besonders stark, aber doch ausreichend. Eine Fuhre Holz kostet eine Million, eine Fuhre Torf etwa 850 000 Mark.

§ Treibjagd. Auf der am 16. d. M. in den Revieren Jägerhof und Hohenreiche der staatlichen Oberförsterei Jagdhütte abgehaltenen Treibjagd wurden erlegt: 5 Füchse, 36 Hasen und 15 Kaninchen. Als jagdliches Kuriosum sei noch erwähnt, daß alle fünf Füchse in einem einzigen Treiben zur Strecke gebracht wurden.

§ Glücksspieler wurden gestern im Wartesaal zweiter Klasse beim Kasinospiel erfaßt. Es wurden ihnen 2 800 000 Mark bares Geld beschlagnahmt.

§ Großer Unfall. Der Zug, der von Bromberg um 5.30 nachmittags nach Schubin abfährt, wurde gestern unterwegs mit Steinen beworfen, wobei mehrere Fenster zertrümmert wurden.

§ In polizeilicher Aufbewahrung im 4. Polizeirevier, Voeststraße (Wileńska), befindet sich eine schwarze Altentasche.

§ Garderobendiebstahl. Aus einem Café in der Danziger Straße (Gdańska) wurde ein Mantel im Werte von acht Millionen Mark gestohlen.

§ Festgenommen wurden gestern 18 Personen: 12 Sittenbürger, 4 Diebe und 2 Betrunkenen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

■ Loge Janus. Freitag, den 19. 10., abends 8 Uhr, Berlsg. VII. 10180 Kreislehrverein Bromberg Land. Am Sonnabend, den 20. 10., von 12—2 Uhr, Verteilung im Vereinslokal. Gefäße und Mitgliedskarten mitbringen. (11738)

D. G. f. A. u. W. Mittwoch, den 17. 10., abends 8 Uhr, im Civiliamento: Arthur Brausewetter-Danzig: Björnsöns „Über unsere Kraft“. Die Mitglieder der D. G. f. A. u. W. werden gebeten, die Mitgliedskarten für 1923/24 in der Geschäftsstelle, Gdańskia 22, III., abzuholen. (10206)

* * * * *

* Inowrocław, 15. Oktober. In der am letzten Freitag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde die Fazie der Zahlung von Kanalisationsgebühren durch die Hausbesitzer der Thorner Straße vertragt. Ein anderer

Dringlichkeitsantrag ging von Herrn Wilhelm Gromczyk ein, der eine Erhöhung der Fassadenauflagegebühren auf 150 000 Mark pro Tonne beantragte. Diese Erhöhung wurde genehmigt. — Desgleichen wurde der Antrag der polnischen Schauspielervereinigung betreffend Befreiung von der 20prozentigen Billettsteuer sowie Erhöhung des Preises für das von der Bühne benötigte elektrische Licht um 50 Prozent genehmigt. Zur Sprache kam auch die unzureichende Beleuchtung mancher Stadtteile.

* Inowrocław, 16. Oktober. Die Schlachthausgebühren der Stadt Inowrocław werden ab 16. d. M. um 100 Prozent erhöht, also verdoppelt.

* Posen (Poznań), 13. Oktober. Obwohl am Mittwoch, den 10. d. M., die Gültigkeit der in der vorigen Woche festgesetzten Richtpreise erloschen ist, sind bisher in der Stadt Posen neue Richtpreise nicht festgesetzt worden, so daß es den Anschluss hat, als ob man endgültig daran verzichten will. — Der Magistrat verkauft jetzt am ehemaligen Liviusplatz Kartoffeln für 160 000 Mark den Bentner, während sie auf den Wochenmärkten 200 000 Mark kosten. — In Luboń haben zwei Näuber, namens Stefan Bila und Tomas Weinert, den Wirt Riske beraubt. Die Näuber versetzten dem Riske Messerstiche, verletzten ihm die Brust und die Hände und nötigten seine Tochter, sein Hab und Gut, das sich in seiner Wohnung befand, herauszugeben. Es ist der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, die beiden Näuber hier in Posen festzunehmen. Sie haben eingeräumt, auch im Obořitzer Kreise den radfahrenden jungen Mann bis aufs Hemd beraubt zu haben.

* Posen (Poznań), 16. Oktober. Gestern früh veranstaltete die Polizei Haussuchungen bei hiesigen Kommunisten. Das dabei beschlagnahmte Material war so zahlreich, daß 20 Festnahmen, darunter bekannter Komunistenführer, erfolgen mußten. — Ein Einbruch in ein Geschäftsgeschäft wurde auf der Herrschaft Rogalin bei Moschin von unbekannten Tätern verübt. Sie waren in die Gruft eingedrungen, hatten auch bereits mehrere Särge beschädigt, als sie überrascht und verschucht wurden. — In der Zeit vom 7. bis 14. d. M. wurden im ganzen 116 Fälle von Kraftwagen zur Bestrafung aufgeschrieben, die Verordnungen über Strakenverkehr übertraten hatten.

* Samter (Szamotuly), 15. Oktober. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr wurde in Bagórz im hiesigen Kreise durch einen Großfeuer eine Schmiede des Landwirts Joh. Mysiel samt 500 Bentnern Roggen, 24 Fütern Klee, 4 Küfern Serabella und 10 Küfern Heu eingefärbt. Der Schaden beziffert sich auf rund eine Milliarde Mark.

* Bronk, 16. Oktober. In einem Wäldchen zwischen Obersko und Bujaj ist die Leiche einer 23 Jahre alten Frau aufgefunden worden. Sie ist Sonntag mittag im Walde bei Bronk in Begleitung eines Mannes gesehen worden, der seinem Opfer mittels eines Dolches einen Stich in den Hals versetzte, als dann die Überfallene in den Wald schleifte, wo sie verstorben sein musste. Ein Raubmord liegt nicht vor, vielleicht aber ein Liebessdrama.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 15. Oktober. Im „Sächsischen Garten“ ist, dem „Przegl. Wieś“ zufolge, am Mittwoch eine neue Razzia auf Schmiede und Handwerker veranstaltet worden. Der Garten besteht aus sechs Toren, die in aller Stille von der Polizei geschlossen wurden, worauf größere Polizeiteileungen den Garten nach Schiebern durchsuchten, die die Schwarze Würde dorthin in den letzten Tagen verließt hatten. Wie das Blatt mitteilt, hätte eine Kopflose Flucht der die Gefahr erkennenden Schwarzbürgers eingesetzt. Verzweifelt seien sie von einer Tür zur anderen geflohen, um schließlich der Polizei ins Netz zu gehen. Die gesuchten Spekulanten wurden dann in einer in der Nähe befindlichen Konditorei gefangen, wo Leibesvisitationen vorgenommen wurden. Angeblich sollen sehr beträchtliche Stöcke von Dolarnoten und ähnlichen Wertpapieren beschlagnahmt worden sein.

* Łódź, 14. Oktober. Ein Leser der Łódzer „Freien Presse“ erhielt dieser Tage aus Amerika von einem seit 25 Jahren verschollenen Freunde einen eingeschweißten Brief, auf dessen Umschlag ein Ausschnitt aus der „Freien Presse“ mit einer Notiz über die Feier der silbernen Hochzeit des Empfängers als Bevollständigung der Adresse aufgeklebt war. Durch die „Freie Presse“, deren Abonnent der amerikanische Absender ist, hatte dieser den Aufenthaltsort seines Freundes erfahren. Die Łódzer Post hat trotz des Fehlens der Angabe von Straße und Hausnummer in der Adresse den Empfänger des Briefes richtig ausfindig gemacht.

Handels-Rundschau.

Centrala Skór T. A. in Posen. Laut Prospekt im „Monitor Polski“ Nr. 281 vom 11. Oktober 1923 wird mitgeteilt, daß die Aktien dieser Gesellschaft 1.—5. Em. in Höhe von 200 Millionen M. nom. zum offiziellen Handel und zur Notierung an der Warschauer Börse zugelassen sind. Die Gesellschaft ist am 1. August 1919 gegründet. Das Grundkapital beträgt 3 Millionen. Das Gesamtaktienkapital beträgt 200 Millionen. Die A.-G. zahlt folgende Dividenden: 1919/20: 20 Proz., 1920/21: 30 Proz., 1921/22: 35 Proz., 1922/23: 200 Proz. Folgende Grundstücke und Liegenschaften gehören der Gesellschaft und sind bis auf 1. Mark abgeschrieben: In Posen ein Wohnhaus mit Bureau, eine Fabrik; in Główno zwei Wohnhäuser mit Bureaus, eine Fabrik; in Gniezno ein Wohnhaus, eine Bäckerei; in Rawitsch eine Fabrik, drei Wohnhäuser, 30 Morgen Land; in Grądzieniec ein Wohnhaus, ein Lager- und ein Pauplas; ein Lager für Rohstoffe am Hauptbahnhof in Posen und ein Transformator in Główno. Der Reingewinn für das letzte Geschäftsjahr betrug 805 895 704,45 Mark. Der Reservefonds beträgt 1 010 416 740,65 Mark. (M. p. 281.)

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 16. Oktober. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 598 500—601 500, Auszahlung Warschau 518 700—521 300; in Berlin 455 000; in New York, Auszahlung Warschau 0,000125; in Berlin, Auszahlung Warschau 6,85—7,85; in Prag 0,0089 1/4—0,0040%; Auszahlung Warschau 0,00388—0,00387.

An der Warschauer Börse wurden gestern keine amtlichen Kurse notiert.

Berliner Devisenkurse.

Für drachmatische Auszahlungen in Mark	16. Oktober		15. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1596000000	1604000000	1476300000	1483700000
Engl. Sir. P. Bel.	1296750000	1203250000	1197000000	1203000000
Belgien 1 Frs.	213498500	214503500	195510000	196490000
Norwegen Kr.	623425000	631575000	585525000	591475000
Dänemark Kr.	71820000	72180000	634335000	667655000
Schweden Kr.	107310000	107869000	991515000	996485000
Finnland 1 M.	109727500	109272500	100747500	101252500
Italien 1 Lire	184567500	185462500	171670000	172400000
England P. St.	1845375000	1854625000	1695750000	1704250000
Amerika 1 Doll.	408975000	411025000	375160000	376340000
Frankreich 1 Fr.	259350000	260250000	230422500	231577500
Spanien 1 Pes.	730170000	738380000	674310000	677690000
Italien 1 Lira	553612500	553637500	509725000	511257000
Spanien 1 Pes.	199500000	200500000	1870312500	187987500
Rio de Jan.	379050000	380950000	354112500	355887500
I. Wilts.	5705700	5734300	5266800	5293200
100 Krabek.	124887500	126312500	111720000	112280000
Bras 1 Krone	219450	220550	199500	200800
Ungar 1 Kr.				

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 16. Oktober. Banknoten: 1 amerik. Dollar 5 286 750 000 Geld, 5 818 250 000 Brief, 100 poln. Mark 598 500 Geld, 601 500 Brief. Tl. Ausz.: 1 Pfund Sterling — 1.000 000 000 Geld, 26 065 000 000 Brief. Verkehrsreiter Schek: Warschau 518 700 Geld, 521 300 Brief.

Zürcher Börse vom 16. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,0008, Newyork 5,57 1/4, London 25,80, Paris 84,15, Wien 0,0078 1/2, Prag 16,65, Italien 25,55, Belgien 29,50.

Die Landesdarlehnsklasse zahlte heute für eine Million deutsche Mark 180, 1 Goldmark 213 800, 1 Silbermark 87 936, 1 Dollar, große Scheine 935 000, kleine Scheine 925 000, 1 Pfund Sterling 4 420 000, 1 franz. Franken 60 000, 1 Schweizer Franken 176 000, 1 Slovens 50 800.

Altienmarkt.

Kurse der Posener Effektenbörsen vom 16. Oktober. Banknoten: Bank Kniefest, Potocki u. Co. 1.—8. Em. 26 000. Bank Przemysłowa 1.—11. Em. 82 000—85 000. Bank Em. Spół. Garb.

Modenschau

für Herbst :: Winter

findet am Sonntag, den 21. Oktober 1923, 5 Uhr nachmittags
in unserem Geschäftshause, 3. Etage, statt.

Einladungen werden nicht versandt. — Eingang von der Bahnhofstr.

10205

Chudziński & Maciejewski.

Polizeiverordnung.

Infolge des Umstandes, daß vom Kreis-
veterinärarzt bei einem Hunde, Herrn
Cieślinski, hierherstellt wurde, ordne ich auf
Grund des Gesetzes vom 23. Juni 1909 über
ansteckende Krankheiten unter den Tieren,
sowie auf Grund des Gesetzes, das eine Üb-
änderung der Strafen vor sieht (Dz. Ust.
Nr. 29 vom 16. 9. 23), für den Stadtteil
Bydgoszcz nachstehendes an:

§ 1. Für die Dauer von drei Monaten,
angesfangen vom heutigen Tage, sind sämt-
liche Hunde ohne Ausnahme an der Kette
zu halten.

§ 2. Ohne Genehmigung der Polizei
darf kein Hund nach anderen Kreisen geführt
werden, gesahnen werden.

§ 3. Haushunde, die auf die Straße ge-
führt werden, müssen mit einem Maulkorb
versehen sein und an der Leine gehalten werden.

§ 4. Besitzer von Hunden, die tollwut-
verdächtig sind, haben hieron unverzüglich
das Polizeiamt zu benennen.

§ 5. Die Nichtbefolgung der obigen Ver-
ordnung zieht eine Geldstrafe bis zur Höhe
von 3 Millionen Mark oder entsprechende
Haftstrafe nach sich. Außerdem haben die
Schuldigen auch die Folgen, die durch ihr
Verhalten entstanden können, persönlich zu
tragen. Herrenlos und frei herumlaufende
Hunde werden rücksichtslos eingefangen und
dem Abdecker zwecks Tötung zugeführt.

Bydgoszcz, den 17. Oktober 1923.
Miejski Urząd Policyjny.
(—) Hanczewski.

10212



**Puppen-
Reparaturen**
Habe alle Ersatzteile :: Puppen-Perrücken
Teepuppen große Auswahl
Puppenlinie :: Haarsabration

Dworcowa 15 10097

**Fr. Hege
Kunstmöbelfabrik**

seit 1817 in
Fabrik Podgóra Nr. 26 Bydgoszcz Ausstellungshaus Długa Nr. 24
Telefon 78 Telefon 78

Wohnungs-Einrichtungen

nur eigener Fabrikation, in allbekannter vorzüglicher Arbeit.

**Belohnung
100 Millionen Mf.**

für die Ermittlung der Diebe

die vom 10. zum 11. Oktober nachts das Manufakturwaren-
Geschäft am Plac Piastowski 25 (Elisabethm.) bestohlen haben.

11715

Julian Jeszke.

**Gleichstrom- und
Drehstrom-Motoren**

stets am Lager
Glühlampen und Installations-Material

Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Danzigerstraße 150 a.
Gegründet 1907

Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen.

Schlaaf i Dąbrowski

Sv. 3 o. p.
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8a.
Telefon 1923.

10092

Stüdtfall

frisch eingetroffen, ab Lager, gibt ab
Paul Maiwald, Garbary 33.

9079

Bersteigerung.

Donnerstag, d. 18. 10. 23, vorm. 11 Uhr, werde ich im Militär-Magazin, Jagiellonstra (Wilhelmstr.) 10211

1 Rahn-Heu
zu 250 Ztr. freiwillig meistbietend versteigern.

J. Czerwinski,
Auktionator,
Sienkiewicza 1a.

1 kleines Rind 11725
4½ Mon. alt, an liebevolle Familie f. eigen abzug. Emma Seifert, Säuglings-Klinik, Plac Kościelny 3.

Drehstierarbeiten
werden schnellstens u. billigst ausgeführt.
ultra Dr. Emilia Bar- mięckiego Str. 10, früh. Sammstraße. 10203

11709

Speise-Kartoffeln
immer preiswert in größeren Mengen abzugeben

11709

Spitalna 4.

Hüttenfofs
und Steinfohlen

aus besten oberschlesischen Gruben in allen Sortierungen für Industrie und Haushalt liefern waggonweise und in kleineren Mengen bei billigster Preisberechnung und nehmen Vorbestellungen entgegen

Schlaaf & Dąbrowski
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8a.
Telefon 1923.

Bitte Offerten einfordern.

9778

Noch ist es Zeit!

sich mit gutem Tabak einzudecken.

In jedem besseren Geschäft zu haben.

9923

Empfehle meine bekannten guten Tabake

Pola

**Legionka
Machorka**

Jedes Paket trägt meine Firma.
Tabakfabrik Julian Król, Bydgoszcz.

Bekanntmachung.

In der Generalversammlung vom 13. Oktober 1923 wurde die Auflösung unserer Genossenschaft beschlossen. Zu Liquidatoren sind gewählt die Herren Słoda, Brandt und Suwalski aus Bydgoszcz. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Spółka Zakupu Węgla z o.p.
w likwidacji.
Słoda. Brandt. Suwalski.

Kino Kristal -

Heute, Mittwoch:

Ein Filmkunstwerk ersten Ranges
der Gaumont - Filmwerke Paris.

Die letzte Neuheit!

**Hinter
Klostermauern**

10178

Die Lebensschicksale einer aus dem Kloster entführten Nonne, gestirzt in die Teufelsmühle des Großstadtlebens.

Außerdem:
Lustspiel in 2 Akten.

Weihgerberei
gerbt Pelzfelle.
Johanna Augusta 19.
11650

Deutsche Bühne
Bydgoszcz e. B.
Sonntag, 21. Ott. subr.
Auf vielst. Wünsch!
Einsal. Wiederholg.!

Bflaster
leicht u. schmerzlos zu
entfernen. 10043
Schwanen-Drogerie,
Bromberg,
Danzigerstraße 5.

Hausschneiderin
empfiehlt sich von Ios.
Schwedenh., Adlerstr. 18
bei Röhl. 11728
nur an der Abendstasse.
10214

Deutsche Bühne Bydgoszcz e. B.

Dant!

Nachdem wir nunmehr die Arbeiten an
unserem Oktoberfest zum Abschluß gebracht
haben, möchten wir hiermit der Verpflichtung
nachkommen, allen Denen, die durch ihre Mit-
tätigkeit zum Gelingen des Festes beigetragen
haben, also den verehrten Gebern von Spenden
und Zuwendungen, den im Buden-Betrieb
tätig gewesenen Herrschaften, den Mitwir-
kenden auf der Bühne wie auch den Beuchern
des Festes auf diesem Wege unseren herz-
lichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Der Fest-Ausschuß.

J. A. Dr. Tize.

10213



Hersteller: Urbin-Werke, Chem. Fabrik
G. m. b. H. Danzig, am Troyl. 9633

Bromberg, Donnerstag den 18. Oktober 1923.

Pommerellen.

17. Oktober.

Grändz (Grudziądz).

Die Deutsche Bühne. Am 14. d. M. eröffnete die Deutsche Bühne die Winter Spielzeit mit der Aufführung von Gerhart Hauptmanns Märchendrama „Die versunkene Glocke“. Die Regie lag in den Händen des Herrn Welke, der unter Leitung des Herrn Burza seine Bühnenbilder hatte erischen lassen. Das Spiel verlief glatt und höchst zu überraschender Höhe. — Das elbische Wesen Rautendein wurde von Fräulein Pfister mit kindlicher Unbeschwertheit und dämonischer Kraft gespielt. Herr Gert Mohr galt, der als Galt der Deutschen Bühne den Glöckner gab, zeigte sich als hervorragender Schauspieler. In schöner Steigerung führte er die Handlung zur Höhe. Der Pfarrer wurde von Herrn Glawe, die Frau des Glöckners von Fräulein Kalinow vorzüglich verkörpert. Herr Welke als Nickelmann, Herr Döck als Waldschrat und Frau Buisse als Witlichen passten sich in Maske und Darstellung der Stimmung des Märchengrundes vollkommen an. Die kleinen Rollen waren angemessen besetzt. Diese Vorstellung war eine der besten Leistungen der Deutschen Bühne und zeigte für einen hohen Grad des Könnens und für einen unermüdlichen Fleiß. *

* Ein Brandstifter ermittelt. Vor einem Vierteljahr entstand in der Möbelfabrik der Firma Schwarz, ul. Lipowa, ein Großfeuer, dem ein großer Teil der Anlagen zum Opfer fiel. Nunmehr ist es der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, den Brandstifter zu ermitteln und in Thorn festzunehmen. Es ist ein Tischler Salergt, der damals bei Herrn Schwarz tätig war und einen von ihm verübten Treibriemendiebstahl durch Brandlegung in der Werkstatt verheimlichen wollte. Kürzlich wurde nun einem hiesigen Herrn ein Treibriemen zum Kauf angeboten, und daraufhin seichten Nachforschungen der Kriminalpolizei ein, die zur Ermittlung des Sal. führte. *

Thorn (Toruń).

* Die Kreiskrankenkasse hat wiederum Umgruppierungen vorgenommen, und die Arbeitgeber müssen nach dieser neuen Umgruppierung ihre Angestellten innerhalb 8 Tagen entsprechend ummelden. **

* Automobil-Kreissteuer. Der Thorner Kreistag (Sejmik Powiatowy) beschloß in der letzten Sitzung einstimmig, von den Automobilbesitzern und Besitzern von Motorrädern zugunsten des Kreisausschusses folgende Fadesteuer, zahlbar halbjährlich im Voraus, zu erheben: von Motorrädern 12 Zloty (Gulden), von Dreirädern 48 Zloty, von Personennitro bis 6 PS. 60 Zloty, bis 10 PS. 90 Zloty, bis 15 PS. 120 Zloty, über 15 PS. 240 Zloty; von Lastautos bis 1 Tonne 12 Zloty, bis 2 Tonnen 27 Zloty, bis 5 Tonnen 60 Zloty, über 5 Tonnen jede weitere Tonne 60 Zloty. Von Lastautos mit Eisenbereifung wird das Doppelte erhoben, von Anhängern 90 Zloty. Von Gesellschaften, welche zu Erwerbszwecken Autos haben, wird die Hälfte erhoben. Frei von der Steuer sind sämtliche Staatsbehörden und das Militär. **

+ Thorner Marktbericht. Auf dem Dienstag-Wochenmarkt wiesen die Höchstwerte für die bekannten Artikel keine Veränderungen auf. Nur der Preis für Kartoffeln war ausgelöscht worden. Es waren deswegen jedoch nicht mehr Kartoffeln als sonst angeboten, sondern auch wieder ganz

unzulängliche Mengen. Die Bevölkerung ist bereits in großer Sorge, wie sie ihren Winterbedarf an den jetzt so kostbar gewordenen Erdfrüchten decken soll, wenn nichts vom Lande in die Stadt hereingeschafft wird. Verschiedene Bürger, die den letzten Sonntag benutzten und per Rad die Dörfer der Umgegend nach Kartoffeln „abklapperten“, erhielten auf den meisten Stellen die Antwort, gegen Lieferung von einem Zentner Kohlen könnten ihnen ebensoviel Kartoffeln abgegeben werden. Es darf nunmehr nach Aufhebung des Höchstpreises für Kartoffeln wohl erwartet werden, daß die Anfuhr endlich den nötigen Bedarf deckt. Auf dem Gemüsemarkt kosteten: Rote Rüben und Mohrrüben 3000 Mark, Brüken 2000 Mark, Weizkohl 2000 Mark je Pfund (leichter zentnerweise 1800 Mark). Tomaten wurden mit 15 000 bis 25 000 Mark, grüne mit 5000 Mark das Pfund abgegeben. Gurken das Stück mit 4000 bis 10 000 Mark. Birnen wurden mit 10 000 bis 15 000 Mark, Äpfel mit 10 000 bis 20 000 und Pflaumen mit 14 000 bis 16 000 Mark je Pfund gehandelt. Neu waren Walnüsse, für die 50 000 Mark je Pfund gefordert wurden. Weintrauben wurden für 40 000 Mark verhältnismäßig gut verkauft. Von Pilzen waren wieder große Vorräte gebracht worden. Steinpilze und Reizker stellten sich auf 35 000 bis 45 000 Mark die Mandel. **

+ Von der Weichsel bei Thorn. Nach der kurzen Hochwasserschwelle der letzten Tage geht der Wasserstand nunmehr wieder langsam zurück. Am Dienstag früh betrug er 1,98 Meter über Null. — Dampfer „Zamyski“ fuhr mit den noch hier liegenden Trossen nach Danzig ab. Dampfer „Baltyk“ fuhr stromauf nach Nieszawa (Kongresspolen), um eine noch dort liegende Tross zu abschleppen. **

+ Die Feuerwehr wurde vor einigen Tagen nach der ul. Kożarowa (Kasernenstraße) gerufen. Dort hatten Einwohner eines Hauses auf dem Hofe ein Feuer angezündet, dessen Flammen von der Straße aus sichtbar waren. Ein Passant alarmierte darauf die Feuerwehr, die dann sofort wieder zurückfahren konnte. — In der Nacht zu Sonntag brach in dem Hause ul. Winnica (Weinbergstraße) Nr. 33 in der Wohnung des Arbeiters Jefurki Feuer aus. Die alarmierte Wehr stand bei ihrem Eintreffen einen Teil des Wohnhauses in hellen Flammen stehend vor und hatte volle zwei Stunden zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Der Brandschaden ist bedeutend, da der größte Teil der Möbel und Einrichtungsgegenstände dem Feuer zum Opfer fielen. **

* Briesen (Wahrzeino), 15. Oktober. Die leichte Stadtverordnetenversammlung verließ zum Teil ziemlich erregt. Das hiesige polnische Blatt berichtet u. a.: Da zu den ersten sieben Punkten der Tagesordnung sämtliche Kommissionen über die erfolgten Beschlüsse des Magistrats nicht in Kenntnis gesetzt worden waren, so stellte Stadtv. R. Zieliński den Antrag um Vertagung dieser Punkte. (Es entsteht großer tumult, laute Bravos, die Größe des Vorwiegenden fordert einige Male zur Ordnung auf.) Im weiteren Verlauf äußerte Stadtv. Zieliński u. a., daß die Verhältnisse im Magistrat tatsächlich seien und die Mitglieder würden nicht, was sie täten, er fügt hinzu, daß man den Vertreter des Bürgermeisters in besserer Ordnung halten müßte. Der Vertreter des Bürgermeisters Deregowski, durch die ihm gemachten Vorwürfe beleidigt, forderte die Zurücknahme der durch den Stadtverordneten Zieliński gemachten Äußerungen und verläßt, da der letztere auf seinem Standpunkt beharrte, den Sitzungssaal. Stadtv. Zieliński nahm dann seinen Antrag auf Vertagung der 7 Punkte zurück, worauf zur Erledigung der Tagesordnung

geschritten wurde. Erhöht wurden die Schlauchhöfe gebühren um 50 Prozent, ferner die Kanalisationsgebühren und das Wassergeld. Die Kanalgebühren sollen nach dem 150fachen Gebaudewert vom Jahre 1914 erhoben werden. (Im Jahre 1914 brachte die Kanalisationsgebühr 551.144 M. ein, gegenwärtig soll die Summe mit 150 multipliziert den Betrag von 82 717 000 M. ergeben.) Ab 1. September werden für 1 Kubikmeter Wasser von Privatkonsumenten 20 000 M., von Dampfkesselbesitzern 30 000 M. erhoben. — Die Wahl des Bürgermeisters A. Matowskis ist vom Wojewoden nicht bestätigt, und eine Neuwahl angeordnet worden.

* Culmsee (Chełmża), 15. Oktober. Einen schweren Betriebsunfall erlitt in Zelno der 20 Jahre alte Sohn des dortigen Gastwirts Arndt. Ihm wurde ein Bein bis zum Knie abgerissen. Er stand oben auf der Dampf-Dreschmaschine, als der Maschinenführer das Signal zum Beginn der Arbeit gab und die Maschine sofort in Gang kam. Die unter dem jungen Manne liegenden Garben rutschten in die Walze, Arndt kam mit dem einen Fuß hinein und im nächsten Augenblick war das Unglück geschehen. — Einbrecher statteten der Frau Zaworska, Hallera 81, einen nächtlichen Besuch ab und nahmen Sachen für über 70 Millionen Mark mit.

* Dirschau (Tczew), 16. Oktober. Vom Bug überfahren und auf der Stelle getötet wurde gestern abend um sieben Uhr eine Frau bei Fahrt des von Danzig eintreffenden Schnellzuges kurz vor dem Bahnhof an der sogenannten Schwarzen Brücke. Es handelt sich um eine ca. 55 Jahre alte Frau, anscheinend eine Biegerin aus Rumänien, die entweder aus irgendeinem Grunde den Zug vorher verlassen wollte oder aus Unvorsichtigkeit herausgestellt ist. Dabei geriet sie unter die Räder, die sie fast völlig halbierten, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Über die Beschränkung in der Ausfuhr von Lebensmitteln nach Danzig macht der Starost bekannt: Über die Grenzen des Kreises Dirschau hinaus wird die Ausfuhr nur folgender Mengen Lebensmittel pro Tag und Person erlaubt: 2 Brote, 1 Pfund Fett (Butter, Speck oder Schmalz), 1 Pfund Fleisch oder Wurst oder Geflügel, 1 Mandel Eier, 2 Pfund Mehl, 1 Liter Milch und 5 Pfund Kartoffeln. Größere Mengen anzuführen ist nicht erlaubt. Der Verkauf der Waren darf nur gegen polnische Mark erfolgen.

* Neustadt (Wejherowo), 16. Oktober. Eine große Protestversammlung gegen die Tevering veranstalteten die Arbeiter des Zwischenz. Baw. P. (Polnische Berufsvereinigung) gestern Vormittag vor dem Rathause. Es beteiligten sich daran die Arbeiter aus Goscino und Umgebung, Neda, Gdingen usw. Die Versammlung stellte in einer Entschließung folgende Forderungen auf: Sofortige Zurückstellung der bisherigen Verwaltung; Auflösung des Sejm und Ausschreibung neuer Wahlen; Schließung der Grenzen; sofortige Einziehung der Steuern; Verdienst entsprechend dem Brotpreis. Nach Einhandigung der Resolution an den Starosten löste sich die Versammlung auf und sämtliche Arbeiter nahmen am Nachmittag ihre Arbeit auf. Falls die Beratungen zu keinem Resultat gelangen, ist am Mittwoch ein neuer Proteststreik zu erwarten, wie der Arbeitsssekretär Salda betonte.

Lebt das Blatt der Deutschen:
die „Deutsche Rundschau“.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Gebr., noch gut erh.

Repository

f. Manufakt. u. Kolonialwaren, sow. gebr.

Zinckannen

u. Korbflaschen

u. and. mehr preisw.

zu verl. J. Israel,

Dąbrowa, n. Chełmno.

Fabrik- u. Speisekartoffeln

(Industrie), laufe zu höchsten Tagespreisen.

Otto Belau, Sepolino.

9499

Herrn Nr. 3.

Um 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Schmelzer, Chełmno.

Am 6. d. Mts. ist im Personenauge Nr. 22,

Richtung Tczew-Bogdgoszcz-Toruń 10136

ein Palet liegen geblieben.

Inhalt: 3 Hypothekenbriefe

auf den Namen Schittenhelm, Böker

& Burchardt lautend.

Wiederbringer erhält reichliche Belohnung.

P. Sch

